

Vergangenheit wichtige Werke zur tschechoslowakischen Zeitgeschichte vorgelegt hat, geht den äußeren und inneren Ursachen der Reform nach. Im Mittelpunkt steht die Frage nach den Veränderungen der tschechoslowakischen Gesellschaft in den Jahren 1957-1968.

Im ersten Teil untersucht der Vf. die Konfliktstrukturen innerhalb des Ostblocks. Anhand der tschechoslowakischen Position, der Beziehungen der Tschechoslowakei zu den „moskaukritischen“ sozialistischen Staaten und der Wirkung auf die tschechoslowakische Gesellschaft lassen sich die äußeren Bedingungen für die tschechoslowakische Reformbewegung ablesen. Im Schatten der Auseinandersetzung mit China und der Destabilisierung des sozialistischen Lagers entstand ein gewisser Freiraum für liberalere Tendenzen. Als Mitte der 1960er Jahre die tschechoslowakische Entwicklung gleichsam als Bedrohung für den Bestand des sozialistischen Lagers begriffen wurde, stieß die tschechoslowakische Reformbewegung an ihre Grenzen. Aufgrund des Verdachts antisozialistischer Umtriebe blieb sie im Ostblock isoliert.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft, mit den Ursachen der Krise zu Beginn der 1960er Jahre und der Suche nach einem Ausweg. Die ökonomische Integration der sozialistischen Länder im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) stagnierte. Die Umstrukturierung der tschechoslowakischen Ökonomie erwies sich als ineffizient. Selbst die bilaterale Kooperation mit der Sowjetunion brachte keine Besserung der Lage, genauso wenig wie die Hinwendung zu den Entwicklungsländern. Eine stärkere Zusammenarbeit mit den hochentwickelten kapitalistischen Ländern erwies sich als unausweichlich, wobei tschechoslowakische Produkte nur sehr begrenzt konkurrenzfähig waren und Prag daher streng darauf achtete, daß sich die Schuldenlast in Grenzen hielt. Die Reformkräfte verfolgten ein Konzept, das sich die strukturelle Umwandlung, die technische Modernisierung und die Einführung von Marktprinzipien in die staatlich gelenkte Wirtschaft zum Ziel setzte.

Die Ausführungen werden durch zahlreiche und zum Teil umfangreiche Auszüge aus bislang nicht bekannten oder nicht veröffentlichten Dokumenten aus tschechoslowakischen Archiven untermauert. Darüber hinaus wäre es für die weitere Forschungsarbeit nicht uninteressant, die Problematik mit Hilfe des Archivmaterials aus den anderen sozialistischen Staaten in einem größeren Rahmen zu analysieren.

Heidelberg

Andreas Reich

Mariana Hausleitner: Die Rumänisierung der Bukowina. Die Durchsetzung des nationalstaatlichen Anspruchs Grossrumäniens 1918-1944. (Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 111.) R. Oldenbourg Verlag, München 2001. 497 S., Kte.

Die mit dem Preis der Südosteuropa-Gesellschaft ausgezeichnete Habilitationsschrift der Berliner Osteuropahistorikerin Mariana Hausleitner zeigt, wie wertvoll kritische historische Osteuropaforschung heute ist. Die Autorin historisiert die Versuche der aktuellen rumänischen und ukrainischen Geschichtswissenschaft, die Bukowina als nationale Geschichtslandschaft zu entwerfen, führt Nationalisierungsversuche auf spezifische soziale und politische Konflikte zurück und weist auf die Auswirkungen der Ethnisierung sozialer Konflikte hin: auf die Zerstörung einer gewachsenen bukowinischen Multikulturalität in der ersten Hälfte des 20. Jhs.

Historische Akteure und Leidtragende waren in diesem ehemaligen habsburgischen Kronland in der Zwischenkriegszeit Rumänen (34%), Ukrainer (40%), Juden (13%), Deutsche (8%), Polen, Zigeuner und andere. Im Unterschied zu anderen multikulturell geprägten Gebieten Rumäniens wie Siebenbürgen oder Bessarabien gab es dabei in der Bukowina den höchsten Anteil von Nichtrumänen (59%). Die Rumänen sahen ihre nationale Situation nach dem Ersten Weltkrieg als gefährdet an, da die Schutzverträge der Pariser Friedenskonferenz die Gleichberechtigung der Minderheiten festgelegt hatten, was weitreichende Auswirkungen auf eine Region wie die Bukowina hatte. De facto wurde mit dem Verweis auf ‚historische Rechte‘ eine Politik der ‚Rumänisierung‘ verfolgt, die die nichtrumänische

Bevölkerung entrechtete und benachteiligte. Überzeugend stellt H. heraus, daß das bereits lange vor 1918 (etwa von Ion Nistor) vorgetragene, gegen die ukrainische Bevölkerung gerichtete rumänische Argument eines unterschiedlichen Ansässigkeitsverhältnisses („Theorie der Bodenständigkeit“, S. 52), demzufolge die Bukowina vor 1775 ein „rumänisches Land“ gewesen sei, die Chancen für einen multikulturellen Weg in die Moderne von vornherein beeinträchtigt und bedroht hat. Dabei geht die Autorin davon aus, daß sich insgesamt für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg durchaus von einem gelungenen multikulturellen bukowinischen Modernisierungsprojekt sprechen läßt.

Die gewählte weite Perspektive bezieht nicht nur die Gebildeten, sondern verschiedene soziale Gruppen ein, vor allem auch die Arbeiterbewegung. Allerdings war diese im noch eindeutig agrarisch geprägten (1930 fast 80% bäuerliche Bevölkerung) Großrumänien der Zwischenkriegszeit nur schwach entwickelt. Die Landfrage hatte somit zentrale Bedeutung. Der 1786 gegründete griechisch-orthodoxe ‚Religionsfond‘ blieb über die Aufhebung der Leibeigenschaftsordnung hinweg bis ins 20. Jh. hinein der größte Landbesitzer in der Bukowina und diente, von Rumänen dominiert, auch als nationales Instrument. Die Universitätsöffnung in Czernowitz 1875 aktivierte die bis dahin marginalen Nationalbewegungen. Nationalbewußte Rumänen sahen sich in einem Abwehrkampf gegenüber Ukrainern und Juden, vor allem die Entwicklung einer ‚eigenen‘ Mittelschicht durch aus Galizien einströmende Juden bedroht („Verdrängungstheorie“, S. 49), obwohl doch gleichzeitig auch ein breiter Verarmungsprozeß innerhalb der jüdischen Bevölkerung einsetzte. Hier sieht H. Entwicklungen, die im 20. Jh. weiterwirken sollten, denn nach der Geburt des neuen rumänischen Staates 1918-1920 setzte unter Führung der Nationalliberalen Partei (PNL) eine zielgerichtete Rumänisierung ein: Die kulturellen Institutionen der Ukrainer (z.B. das ukrainische Gymnasium in Czernowitz, die ukrainische Presse) wurden angegriffen und teilweise aufgehoben, die Czernowitzer Universität rumänisiert, die Bodenreform von 1921 begünstigte rumänische Großbesitzer und benachteiligte die ukrainischen Kleinbauern, das in entscheidenden Passagen unklare Staatsbürgerschaftsgesetz von 1924 grenzte viele Ukrainer und Juden aus (S. 124), Alexandru C. Cuzaş neu gegründete nationale christliche Partei („Liga zur national-christlichen Verteidigung“) setzte sich für einen Numerus clausus für jüdische Studenten an den rumänischen Universitäten ein (zumal in Jassy), Ausschreitungen gegen Juden häuften sich. Die Minderheiten, zumal die Ukrainer und die Juden, reagierten auf die Situation mit Petitionen an den Völkerbund sowie mit politischer Selbstorganisation. Die Arbeiterbewegung war zwar multikulturell, blieb aber noch schwach. Insgesamt prägten Zentralisierung und eine ‚Verstaatlichung‘ gesellschaftlicher Bereiche die 1920er Jahre. Auf eine mehrjährige Phase gewisser Liberalisierung zwischen 1928 und 1933 folgte im Gefolge der tiefgreifenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bis zur Aufhebung der Verfassung und dem Verbot der politischen Parteien 1938 eine neue Phase der Rumänisierung. H. stellt hier vor allem die Aktivitäten der 1930 gegründeten rechten ‚Liga zur national-christlichen Verteidigung‘ sowie der nach 1936 stark an Bedeutung gewinnenden, autoritär organisierten, nur kurzzeitig verbotenen ‚Eisernen Garde‘ dar, aber auch die Radikalisierung der Ukrainer unter dem Einfluß der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) sowie die Ausbreitung des Nationalsozialismus unter den Deutschen. Demgegenüber blieb die jüdische Selbstorganisation stark zersplittert.

Nachdem Rumänien im Sommer 1940 Bessarabien und die Nordbukowina an die Sowjetunion abgetreten, der König abgedankt und General Antonescu einen ‚Nationallegionären Staat‘ ausgerufen hatte, beschleunigten sich die Terrorisierung der Bevölkerung und die Entrechtung der Minderheiten, die etwa von der weiteren Einschränkung der Handels- und Publikationsmöglichkeiten für die Juden bis hin zu ihrer massenweisen ‚Ausbürgerung‘ und dem Verlust ihrer Staatsbürgerrechte reichte (S. 328 ff.). Ihre präzise Kenntnis der rumänischen historischen Forschung ermöglicht es H. immer wieder, auf die Fragwürdigkeit aktueller rumänischer Darstellungen hinzuweisen. So zeigt sie am Beispiel des Verwaltungsgebietes Suczawa (S. 338-340), daß es im Sommer 1940 zu vielfältigen Plünderungen und Mordaktionen gegen Juden durch Rumänen kam, um von massenhaften De-

sitionen aus der sich aus der Nordbukowina zurückziehenden rumänischen Armee abzulenken. Die deutschen Truppeneinheiten kamen erst im Oktober 1940 nach Rumänien. Gleichzeitig gewann der Irredentismus unter den Ukrainern an Boden, in teilweiser Anlehnung an die Nationalsozialisten und verbunden mit einer antisemitischen Stoßrichtung.

Vor diesem weiten Hintergrund wird der Zweite Weltkrieg als ‚Zerstörung der Bukowiner Multikulturalität zwischen 1940-1944‘ diskutiert, zumindest als deren „endgültige“ (S. 347): die Deportation vor allem der vormaligen politischen Elite der Rumänen (etwa 60 000) und Juden und die „Entkulakisierung“ durch die sowjetischen Besatzungsbehörden Ende Juni, Anfang Juli 1940, die Sowjetisierung der ukrainischen Institutionen, die Umsiedlung der Deutschen aus der Nord- wie aus der Südbukowina, der Plan der Gettoisierung der Juden von Antonescu Anfang 1941, gefolgt von großen Mordaktionen im Sommer in Jassy. Nach Kriegsbeginn im Sommer 1941 wandelte sich die Politik von Antonescu weg von Willkür und hin zu einer „gnadenlosen Vertreibung“, bei der es unter Beteiligung deutscher Einsatzgruppen und ukrainischer Milizen zu Massenmorden und drei Deportationswellen aus der Bukowina und aus Sammellagern in Bessarabien nach Transnistrien kam.

Die Auseinandersetzung mit der bukowinischen Geschichte hörte recht bald nach 1945 auf, die Verbrechen an den Juden wurden in den folgenden Jahrzehnten ausschließlich den Deutschen angelastet.

H. führt die Radikalisierung der jungen Generation seit den 1930er Jahren vor allem auf eine „stagnierende soziale Entwicklung“ (S. 457) zurück. Soziale Lage und sozialer Konflikt konnten aber nur deshalb so explosiv wirken, weil es eine „Kontinuität des Aus-schlußdenkens“ seit dem 19. Jh. gab (S. 457). Sowohl diese konkrete Argumentation wie auch die Einbettung der Studie in den übergreifenden Kontext eines ursprünglich erfolgreichen multikulturellen Weges der bukowinischen Modernisierung sind äußerst überzeugend. Als gemäßigte Positionen im 20. Jh. von radikalen Nationalismen abgelöst wurden, ging dieses Modernisierungspotential verloren, weil westeuropäische Entwicklungsmodelle und -wege in den ostmittel-, südosteuropäischen Übergangsregionen zerstörerisch wirkten.

Doch läßt sich hier auch in verschiedener Hinsicht kritisch nachfragen: Zentrale Begriffe wie ‚Mittelschicht‘ (sollte man nicht eher von ‚Mittelschichten‘ oder ‚mittleren sozialen Lagen‘ sprechen?) oder Multikulturalität werden nicht hinreichend geschärft. Die Konzentration auf die politischen Entwicklungen im sozialen Kontext läßt weite Lebensbereiche außer acht. Was bedeutete Multikulturalität im vorpolitischen Raum? Wie weit reichten interethnische Kontakte in Dorf und Stadt? Wie drang vor 1939 Politik, wirtschaftlicher und sozialer Wandel in die Lebenswelten der Menschen ein – in Familien oder im Generationszusammenhang? Multikulturalität bleibt so ein kaum kritisch hinterfragter Begriff. Dessenungeachtet zeigt die vorliegende, auf langjährigen Archivstudien basierende Darstellung in überzeugender Weise die Nationalisierung einer ostmitteleuropäischen Geschichtsregion im 19. und 20. Jh. Der lange Zeitraum und die zugrundeliegende Fragestellung sollten zu ähnlich gründlichen Darstellungen für andere Geschichtsregionen Ostmitteleuropas anregen. Sie nimmt darüber hinaus in schriftlicher Form die kritische Diskussion mit den Fachkollegen vor Ort auf, die mündlich in den 1990er Jahren häufig nicht geführt werden konnte und deshalb von manch anderem Historiker bereits aufgegeben wurde.*

Köln

Guido Hausmann

* Diese Rezension erschien auch in: sehepunkte (www.sehepunkte.de).